

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 0886 846 opbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 6

11. Januar 1982

Andreas von Bülow, Bundesminister für Forschung und Technologie, sieht in der Forschungs- und Technologiepolitik auch eine Möglichkeit der Arbeitsplatzsicherung.

Seite 1-3

Alfons Pawelczyk, Innenminister der Freien und Hansestadt Hamburg, setzt sich für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik ein: Entspannungspolitik ist teilbar.

Seite 4/5

Manfred Dammeyer Mdl, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB), plädiert für die baldige Verabschiedung eines Bildungsgesamtplans.

Seite 6

Neue Chancen durch neue Technologien

Sicherung der Arbeitsplätze durch die Forschungs- und Technologiepolitik

Von Dr. Andreas von Bülow MdB
Bundesminister für Forschung und Technologie

Betrachtet man die heutige Arbeitsmarktlage etwas genauer, so läßt sich feststellen, daß eher ein Mangel an neuen Technologien als ein Zuviel zur Lage beigetragen hat. Wesentliche Ursachen sind

- der Konjunkturerinbruch als Folge des Ölpreisschocks 1974/75
- die schleppende Weltkonjunktur
- zurückhaltende Investitionstätigkeit im Inland
- einerseits die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre, die heute Arbeitsplätze suchen; und andererseits die heute zur Pensionierung anstehenden geburtenschwachen Jahrgänge der Jahre 1915 bis 1925.

Ein weiteres oder anhaltendes Konjunkturtief, weitere Ölpreisschocks, dadurch niedrige Wachstumsraten bei gleichzeitig steigender Arbeitsproduktivität können in der Zukunft das Auseinanderklaffen von Arbeitskräfteangebot und Kräftebedarf noch verschärfen.

Eine solche Entwicklung mit hoher Arbeitslosigkeit bis in die 90er Jahre hinein ist nicht unabwendbar. Neben den aktuellen Faktoren, die zu Arbeitslosigkeit geführt haben, besteht eine große Lücke bei der Anpassung der deutschen Wirtschaft an den strukturellen Wandel. So hat die jahrelange Unterbewertung der DM für viele Produktionszweige eine Standortgunst in der Bundesrepublik Deutschland vorgetäuscht, die den heutigen realen Gegebenheiten nicht mehr entspricht. Dies zeigt sich deutlich an dem wachsenden Wettbewerbsdruck für die deutsche Wirtschaft, der sowohl von Schwellenländern als auch von Industrieländern ausgeht. Während unsere

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Printed in Germany
on recycled paper
Kreuziger-Press



Exporte von Fertigwaren seit 1974 nur um 20 Prozent gestiegen sind, erhöhten sich die Importe um 60 Prozent. Dieser Herausforderung durch den internationalen Wettbewerb müssen wir begegnen, wenn nicht noch mehr Arbeitsplätze gefährdet werden sollen.

Die heutige schwierige wirtschaftliche Lage und die Probleme des strukturellen Wandels können nur mit Tatkraft und Entschlossenheit in gesellschaftlich akzeptabler Weise bewältigt werden. Dabei kommt längerfristig neuen Technologien eine Schlüsselrolle zu. Auf diese notwendige Modernisierung der Volkswirtschaft sind die Förderprogramme des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) ausgerichtet.

Darüber hinaus dient die Technologiepolitik langfristigen Zielen: Der Grundlagenforschung, der Forschung zur Ressourcenschonung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung über Chancen und Risiken von Technologien in einer gefährdeten Umwelt. Das zusammen ist ein ehrgeiziges Programm mit einem Finanzvolumen von derzeit insgesamt circa 6,6 Milliarden DM staatlicher BMFT-Mittel. Der mit diesem Geld mitfinanzierte Forschungssektor beschäftigt selbst insgesamt etwa 470.000 Personen. Diese direkten Beschäftigungswirkungen sind aber klein im Verhältnis zu den gesamtwirtschaftlichen Aus- und Folgewirkungen der Technologiepolitik für die Beschäftigung. Dies läßt sich an zwei wichtigen Beispielen exemplarisch zeigen, den Energietechnologien und der Mikroelektronik.

Neue Energietechnologien sind in den letzten Jahren in großer Zahl gefördert und entwickelt worden: Die Kernenergie, neue Kraftwerkstechnologien wie die Wirbelschichtfeuerung, Regelungstechniken zur sparsamen Energienutzung, Kohlevergasung und Kohleverflüssigung, Solartechnologien für Wärme und direkte Elektrizitätsversorgung, Biogasgeneratoren und die Fernwärme- und Abwärmennutzung. Mit Sicherheit ist damit zu rechnen, daß in wenigen Jahren die Märkte für Wärmepumpen zur Heizung und Kühlung, Verfahren der Abwärmennutzung, Solartechnologien und Kohleveredlungstechnologien stark expandieren werden. Das bedeutet neue Exportchancen und damit Arbeitsplätze. Allein im Inland könnte der Ersatz und die Einsparung von Öl durch verbesserte Wärmedämmung, Einsatz von Wärmepumpen, Fernwärme und neue Wärmekraftwerke mittelfristig 1 bis 1,5 Millionen zusätzliche Dauerarbeitsplätze schaffen. Der Weltbedarf an diesen neuen Produkten und Technologien ist derzeit kaum zu schätzen. Wenn diese Märkte von uns erschlossen werden und nicht durch fehlende Modernisierungsanstrengungen bei uns an die ausländische Konkurrenz verloren werden, können durch die Exportproduktion weitere krisenfeste Arbeitsplätze geschaffen werden.

Neben neuen Energietechnologien werden zweifellos Mikroelektronik und Informationstechnologien Schlüsseltechnologien der Zukunft sein. Beide werden einen großen Einfluß auf Arbeitsplätze und Lebensverhältnisse haben. Zu diesen Technologien zählen Nachrichtentechniken wie Satellitentechnik und Glasfaser-Übertragung, Büro- und Organisationstechniken wie zum Beispiel elektronische Textverarbeitung, die Herstellung technischer Zeichnungen mit Computern (CAD) und Bildschirme an vielen Arbeitsplätzen. In der industriellen Produktion sind es verbesserte Produktionssysteme, Industrieroboter, automatisierte Verfahren der Qualitätskontrolle und der Materialwirtschaft, um nur einige wichtige zu nennen. Als ein völlig neuer Wirtschaftszweig wird sich die Herstellung der "Software", der Programme und Verfahren, entwickeln. Aufgrund der Arbeitsintensität werden hier neue hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen.

Von vielen wird jedoch befürchtet, daß durch die Mikroelektronik und die Informationstechnologien mehr Arbeitsplätze verloren gehen als neue geschaffen werden. Dies gilt für unser Land aber nur dann, wenn wir bei der Produktion dieser neuen Produkte international nicht wettbewerbsfähig sind und diese riesigen neuen Märkte an die ausländi-



sche Konkurrenz verlieren. Mittelfristig ergeben sich in diesen Technologie- und Marktfeldern durchaus positive Beschäftigungseffekte, einmal durch die Herstellung der Produkte selbst, zum anderen durch den Aufbau der zu ihrer Produktion erforderlichen Kapazitäten. Erst längerfristig könnten - wenn man diese Technologiefelder isoliert betrachtet - Arbeitsplatzeinbußen entstehen. Dies würde in unserem Land jedoch in einer Zeit eintreten, in der die Bevölkerung und vor allem die Zahl der Erwerbstätigen zurückgeht und zugleich die Zahl der Nichterwerbstätigen, vor allem der Rentner, ansteigt.

Qualitative Veränderungen der Arbeitsplätze werden aber durch Mikroelektronik und Informationstechnologien entstehen. Hier wird es auf Seiten der Unternehmen künftig darauf ankommen, mit der Einführung neuer Technologien Organisations- und Personalentwicklungsmodelle zu verknüpfen, die sowohl dem Mitarbeiter als auch dem Unternehmen dienen. Damit können die positiven Möglichkeiten, die neue Technologien auch für jeden einzelnen Beschäftigten beinhalten, genutzt werden und es kann Fehlentwicklungen vorgebeugt werden. Diese Erfordernisse sind auf staatlicher Seite frühzeitig erkannt und mit der Aufstellung des Programms "Humanisierung des Arbeitslebens" auch politisch umgesetzt worden.

Ganz sicher müssen sich aber auch die Unternehmen selbst mit dieser Entwicklung beschäftigen. Hierbei wird ein Ausbau der Mitbestimmung von ganz entscheidender Bedeutung sein, wenn die Zustimmung der Betroffenen zu technologischen Veränderungen gesichert und soziale Spannungen größeren Ausmaßes vermieden werden sollen. Eine weitsichtige betriebliche Ausbildungs- und Personalpolitik bildet auch für die staatliche Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Orientierung.

(-/11.1.1982/ks/hgs)

+ + +



Den friedlichen Interessenausgleich zwischen Ost und West fördern

Zu den außenpolitischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik

Von Alfons Pawelczyk

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Zu Beginn des nächsten Jahrhunderts sind sechs statt vier Milliarden Menschen zu ernähren, zu kleiden und auszubilden. Wenn wir die damit verbundenen Probleme lösen wollen, müssen wir auf jeden Fall verhindern, daß durch Unvorsichtigkeit oder durch einen falschen politischen Zug ein Konflikt entsteht, der den Kalten Krieg oder sogar den Heißen Krieg entbrennen läßt.

Das Schicksal der Menschheit wird sich auch daran entscheiden, ob es gelingt,

1. die Aufrüstung zu stoppen und die Abrüstung einzuleiten,
2. die Umwelt- und Energie- und Rohstoffprobleme friedlich zu lösen,
3. die Weltwirtschaftsprobleme so zu regeln, daß die immer weiter auseinanderklaffende Entwicklung zwischen arm und reich zugunsten der armen Regionen beeinflußt werden kann.

Wir Sozialdemokraten haben einen entscheidenden Beitrag zur Friedenssicherung in Europa geleistet. Grundsätzliche Positionen, die wir in den 50er und 60er Jahren formuliert haben, konnten wir ab 1969 in die Tat umsetzen.

Wir haben die Ostverträge abgeschlossen und den Frieden dadurch sicherer gemacht. Die Opposition hat sich bei allen wichtigen politischen Grundsatzentscheidungen auf diesem Gebiet der politischen Verantwortung entzogen.

Jeder weiß, welche Auseinandersetzungen wir zu führen hatten. Wir haben unsere parlamentarische Mehrheit für das höherrangige Ziel - die Stabilisierung des Friedens - auf's Spiel gesetzt. Mehr kann eine politische Partei nicht geben. Wir waren und wir sind führend in den Diskussionen und politischen Entscheidungen, die das Ziel haben, den Frieden in Europa weiter zu stabilisieren.

Die SPD hat es sich zur Aufgabe gemacht, immer mehr Menschen zu überzeugen, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung notwendig und erreichbar sind. Sie begrüßt deshalb, daß weite Kreise unserer Bevölkerung sich öffentlich zu dieser Friedenspolitik bekennen.

Die Tatsache, daß Europa heute zu den sichersten Regionen der Welt gehört, ist auch ein Ergebnis unserer Friedenspolitik.

Niemand sollte vergessen, daß durch unsere Politik die harte Konfrontation, die bis zum Ende der 60er Jahre in Europa andauerte, beendet werden konnte. Sie führte uns nach 1949 mehrfach in die Nähe eines Dritten Weltkrieges. Wir werden deshalb an unserer Konzeption festhalten.

NATO und WARSCHAUER PAKT stehen unter der gleichen Drohung gegenseitiger Vernichtung. Keine Seite kann der anderen den eigenen politischen Willen aufzwingen, ohne das Risiko der Selbstvernichtung einzugehen. Keine Seite braucht ihre eigene politische Wertvorstellung aufzugeben.

Der Ehrgeiz, für die eigene Seite vermeintliche Überlegenheit aufrechtzuerhalten oder zu schaffen, bewirkt das Gegenteil. Angesichts dieser Lage ist keine der beiden Seiten in der Lage, ihr Sicherheitsrisiko wegzurüsten. Deshalb treten wir Sozialdemokraten allen Forderungen entgegen, die das Ziel haben, militärische Überlegenheit über den potentiellen Gegner zu erreichen.

Die seit Jahren zunehmenden Spannungen zwischen Ost und West beruhen auf politischen Entscheidungen beider Seiten, die Anlaß zu Mißverständnissen gaben. Beide Seiten müssen Anstrengungen unternehmen, um zu Gesprächen zurückzufinden, die dem Ziel der Friedensstabilisierung auf niedrigerem militärischen Niveau dienen.



Der Bundesrepublik Deutschland als dem Staat an der Nahtstelle zwischen NATO und WAR-SCHAUER PAKT, der von den Auswirkungen der Friedens- und Sicherheitspolitik am unmittelbarsten betroffen ist, kommt eine Anregerfunktion zu. Wir handeln als der Bündnisstaat mit den schwierigsten außenpolitischen Rahmenbedingungen. Wir Deutsche wissen, daß nie zuvor und an keinem anderen Ort der Welt es auf so engem Raum eine derart große Zahl von Soldaten und Waffen gegeben hat wie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland, auf dem Boden der DDR und der Bundesrepublik Deutschland.

Es liegt deshalb vor allem in unserem Interesse, daß dieses Potential verringert wird. Dabei gehen wir davon aus, daß die Entspannungspolitik teilbar sein muß. Die Forderung nach der Unteilbarkeit der Entspannung bedeutet im Umkehrschluß nichts anderes als die Forderung nach Unteilbarkeit der Spannungen - eine in Wahrheit abenteuerliche Konzeption.

Die Bundesrepublik Deutschland konnte ihren außenpolitischen Handlungsspielraum, unterstützt von den Bündnispartnern, erheblich erweitern. Bei allen im Bündnis zu vereinbarenden gemeinsamen Maßnahmen waren und bleiben wir verpflichtet, darauf zu achten, den erreichten Handlungsspielraum nicht unbedacht einengen zu lassen. Die Folgen, die sich aus einer Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen ergeben können, wirken sich auf die Bundesrepublik Deutschland für einen längeren Zeitraum negativer als auf andere Länder aus.

Zu den Rahmenbedingungen dieser Politik zählen:

1. Jeder Staat muß die Mittel zur Kontrolle des eigenen gesellschaftlichen Veränderungsprozesses in der Hand behalten.
2. Die Bereitschaft zur Entspannungspolitik setzt innenpolitische Stabilität voraus.
3. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West richtet sich nicht auf eine Systemüberwindung, sondern auf die allmähliche Verbesserung bestehender bürokratischer Verhältnisse in bestimmten Bereichen als erstem Ziel.

Eine Politik auf der Basis dieser Grundsätze gibt beiden Seiten die Chance, ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten in friedlichem Wettbewerb und in der Zusammenarbeit wahrzunehmen.

Die Ostpolitik der Bundesrepublik hat mit voller Unterstützung ihrer europäischen und amerikanischen Partner im friedlichen Interessenausgleich zwischen Ost und West unter Beachtung unvereinbarer ideologischer Grundsatzpositionen zur vertraglichen Ausformung verholfen.

Eine Politik friedlicher Zusammenarbeit der Industrienationen der nördlichen Hemisphäre muß Mittel und Möglichkeiten freisetzen, um das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen Nord und Süd so zu verringern, daß das Ziel einer wirtschaftlich neugeordneten, gerechteren Welt zum Vorteil aller Völker - unabhängig von ihren eigenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen - mit Aussicht auf Erfolg erreicht werden kann.

Die Entspannungspolitik war global bisher wenig erfolgreich. Es geht darum, Stabilität zu sichern, wo sie erreicht wurde, also in Europa, und Bedingungen dafür zu entwickeln, wo sie bisher nicht vorhanden ist. Dieser Weg kann nur erfolgreich beschritten werden, wenn verhindert wird, daß Außenpolitik mehr und mehr zur Militärpolitik verkümmert. Verhandlungen über Abrüstungen bieten dazu einen Weg. Er muß ergänzt werden durch langfristige wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem Ziel, das wirtschafts- und sozialpolitische Gefälle zu verringern.

Neue wiederum teurere und gefährlichere nukleare Waffensysteme sind fertig entwickelt und stehen fortlaufend zur Einführung bereit. Wenn Ost und West jetzt nicht alle Anstrengungen unternehmen, um den Einstieg in eine weitere Rüstungsspirale abzubremsen, wenn stattdessen dieser qualitative Rüstungswettlauf bis weit in die 80er Jahre ungehemmt fortgesetzt werden kann, verlieren die Staaten die Fähigkeit zur Kontrolle und zum politischen Handeln.

Es hat sich bisher als unmöglich erwiesen, über die Beseitigung eines Waffensystems zu verhandeln, das die andere Seite noch nicht besitzt. Was auch immer technisch möglich war, ist entwickelt worden. Was auch immer entwickelt worden ist, wurde genutzt. Das Überleben der Menschheit hängt von unserer Fähigkeit ab, dieses Gesetz zu durchbrechen.

(-/11.1.1982/ks/hgs)

+ + +

Weiterentwicklung des Bildungssystems trotz restriktiver Haushalte

Für die baldige Verabschiedung eines Bildungsgesamtplans

Von Dr. Manfred Dammeyer MdL

Bundsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB),
bildungspolitischer Sprecher der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion

Als sich 1973 der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder bereitfanden, den Bildungsgesamtplan zu akzeptieren, den die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung erarbeitet hat, gab es genügend Skeptiker, die diesem Plan keine große Zukunft zubilligen wollten. Mittlerweile hat sich diese Absprache zwischen der Bundesregierung und den Länderregierungen bewährt, und zwar in beiden Teilen, im Rahmenplan für das Bildungswesen, in dem die Inhalte der Weiterentwicklung der verschiedensten Teile des Bildungssystems der Bundesrepublik und ihrer Länder dargestellt werden, und im Bildungsbudget, in dem die Kosten und die Finanzierung des Bildungssystems auf die nachfolgenden Jahre verteilt werden.

Längst ist eine Fortschreibung des Bildungsgesamtplans fällig. In der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung ist diese Fortschreibung erarbeitet worden. Gegenwärtig droht der Streit zwischen den Kultusministern und den Finanzministern aber die Fortschreibung zu blockieren. Es wäre verantwortungslos, würde diese Fortschreibung scheitern. Gerade aus Anlaß der bevorstehenden Konferenz der Finanzminister am 14. Januar 1982 sind die Finanzminister an ihre Verantwortung für den gesellschaftspolitisch ungeheuer bedeutsamen Bereich des Bildungswesens zu erinnern. Gerade angesichts der gegenwärtigen und anhaltenden Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte müssen sich die Finanzminister daran erinnern lassen, daß die Regierungschefs schon 1973 einige für die planmäßige Verwirklichung des Bildungsgesamtplans noch nicht vorhersehbare Faktoren benannt haben, nämlich den Verlauf der Konjunktur, die Auswirkungen der Energiekrise und die Verteilung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern. Auch bei den restriktiven Haushalten muß die Weiterentwicklung des Bildungssystems in den Ländern der Bundesrepublik gemeinsam koordiniert fortgeführt werden. Dazu sind Bildungsgesamtplan samt Bildungsbudget erforderlich.

(-/11.1.1982/hf/hgs)

